

Hintergrundpapier

Nr. 6 / Mai 2009

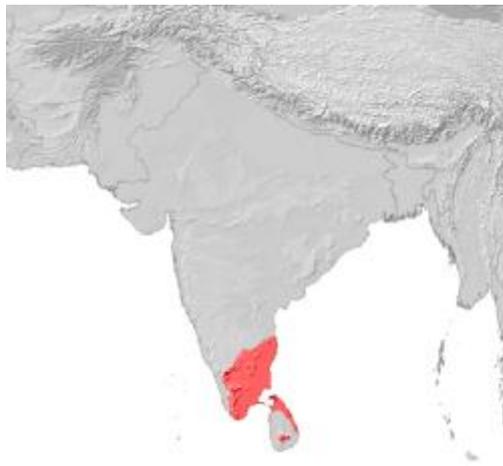
Die Tamilenproblematik in Südasien II: Wahlen in Indien, Bürgerkrieg in Sri Lanka: Politik im Kräftedreieck Delhi – Chennai – Colombo

von Dr. René Klaff

Tamilen stellen die viertgrößte Sprachgruppe in Indien, der Bundesstaat Tamil Nadu gehört zu den wichtigen Eckpfeilern der Indischen Union. Tamil Nadu entsendet 39 (oder 7,2%) von 543 gewählten Abgeordneten ins indische Unterhaus (zusammen mit der Enklave Puducherry – Pondicherry –, einem Union Territory, sind es sogar 40 Abgeordnete) und ist damit ein wichtiges "Battlefield" in allen nationalen Wahlen – so auch gegenwärtig. Wichtiges Wahlkampfthema ist traditionellerweise die indische Haltung zum Bürgerkrieg in Sri Lanka. Jede indische Regierung, unabhängig von ihrer Couleur, steht bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Sri Lanka und insbesondere ihrer Positionen zum srilankischen Bürgerkrieg nicht lediglich vor einer außenpolitischen Herausforderung, sondern ist eingebunden in ein kompliziertes innenpolitisches Geflecht historisch-kultureller Rahmenbedingungen und divergierender aktueller Interessen. Indische Tamilen sehen sich traditionellerweise als Sachwalter der Interessen ihrer ethnischen Verwandten in Sri Lanka. Strategien und Handlungsoptionen einer jeden indischen Zentralregierung ergeben sich somit als Folge von Positionsbestimmungen in einem dynamischen Kräftedreieck, das durch die Pole Delhi, Chennai und Colombo markiert wird.

Die Tamilen in Indien: Identität und Integration

Die Tamilen Südindiens gehören zu den dravidischen Völkern Südindiens und verfügen über eine eigenständige und hoch differenzierte kulturelle und politische Geschichte, die über mehr als 2000 Jahre zurückverfolgt werden kann. Die überwältigende Mehrheit der Tamilen, knapp 90%, sind Hindus, jeweils knapp 5% sind Christen oder Muslime. Die tamilische Sprache, wichtigster Bestimmungsgrund für die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft, ist mit den Sanskrit-basierten Sprachen Nordindiens, die zur indogermanischen Sprachfamilie gehören, wie die übrigen dravidischen Sprachen Südindiens nicht verwandt. (Das bedeutet: Hindi und Deutsch sind sich näher als Hindi und Tamil.) Die tamilische Volks- und Sprachgruppe umfasst ca. 77 Mio. Menschen in



Geographische Verbreitung der Tamilen
in Südasien

ganz Indien (Gesamtbevölkerung Tamil Nadus: ca. 65 Mio. Menschen) und weist damit innerhalb Indiens die gleiche Größenordnung wie die Gruppen der Bengalen und der Andhra (Sprache: Telugu) auf, die jeweils nur unwesentlich mehr Menschen umfassen. Diese drei Volks- und Sprachgruppen stellen im zeitgenössischen Indien die größten Gruppen nach den Hindi-sprechenden Indern (ca. 450 Mio. Menschen bzw. ca. 40% der Gesamtbevölkerung).

Die Tamilen waren zunächst nur in einem schwierigen Prozess in das unabhängige Indien zu integrieren. Der kosmopolitische Hauptort Madras an der tamilischen Koromandelküste im Süden des Subkontinents, 1996 in Chennai umbenannt, war neben Kalkutta (heute Kolkata) und Bombay (heute Mumbai) wichtigster Aus-

gangspunkt für die Einrichtung der Kolonialherrschaft des Britischen Empire in Indien. Die größten Teile Südindiens gehörten seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur *Madras Presidency* der *East India Company*. Nach der Niederschlagung des so genannten *Sepoy Aufstands* in Nordindien übernahm das Empire 1858 die direkte Regierungsgewalt, die *Madras Presidency* wurde zur britischen Kolonie.

Wie in allen Teilen Indiens wurde zum Ende des 19. Jahrhunderts auch im Süden des Subkontinents die antibritische Unabhängigkeitsbewegung des Indischen Nationalkongresses aktiv. Daneben entstanden jedoch auch Bewegungen, die sich für die Eigenstaatlichkeit des dravidischen Südindiens einsetzten, nicht für einen unabhängigen Gesamtstaat auf dem Subkontinent. Diesen Gruppen ging es im Kern um zwei mit einander verknüpfte Ziele: (1.) um die Abwehr befürchteter politischer, wirtschaftlicher und kultureller Dominanz durch das hinsichtlich der Bevölkerungszahl weitaus größere Nordindien, und (2.) um die Überwindung der starren gesellschaftlichen Schichtung zwischen der Oberkaste der Brahmanen und dem Rest der Bevölkerung, die sich im Laufe von Jahrhunderten als Folge des aus Nordindien stammenden Kastenwesens etabliert hatte. Diese Gruppen konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit Indiens 1947 wurde das Madras-Territorium Teil der Indischen Union, und mit Verabschiedung der indischen Verfassung am 26. Januar 1950 erhielt Madras den Status als Bundesstaat.

Das unabhängige Indien war in seiner Frühphase jedoch alles andere als ein konsolidierter, intern befriedeter Staat. Bereits die Teilung des britischen Kolonialreiches in das formal säkulare, mehrheitlich von Hindus bevölkerte Indien und den muslimischen Staat Pakistan mit seinen zwei Flügeln hatte dem Ziel des Indischen Nationalkongresses um seine Führer Mahatma Gandhi und Jawarhalal Nehru, einen geeinten, säkularen unabhängigen Gesamtstaat auf dem Subkontinent zu schaffen, im Kern widersprochen. Beide neu entstandenen Staaten führten schnell Krieg um die Hoheitsgewalt über das umstrittene Fürstentum Kaschmir. Nahezu parallel dazu regten sich im entlegenen, extrem heterogenen Nordosten des Landes – Assam – verschiedene, auch gewaltbereite Bewegungen, deren Ziel die Sezession von Indien war (und zum Teil immer noch ist). Aber auch im dravidischen Süden formierten sich sezessionistische Strömungen.

Die indische Zentralregierung um Premierminister Nehru und Innenminister V. Patel stand in dieser Phase vor der fundamentalen Herausforderung, die Grundlagen für ein integriertes, über-

lebensfähiges Staatswesen zu legen. Dies gelang tatsächlich in mehreren Schritten – und muss als der größte Erfolg der aus der antibritischen Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangenen politischen Elite des neuen Staates gewertet werden. Neben den Grundpfeilern "Demokratie" und "Säkularismus" spielte dabei die interne Organisation in eine politische Ordnung des "Föderalismus" eine große, häufig nicht angemessen beurteilte Rolle. Das wichtigste und nach außen hin wohl sichtbarste Element war die Integration von ca. 550 halbautonomen Fürstenstaaten, die in unterschiedlichsten Größenordnungen in allen Teilen des Landes die britische Kolonialzeit überdauert hatten, in eine Reihe neu geschaffener Bundesstaaten. Aber dieser Prozess schuf Widerstände, die über viele Jahre hinweg die indische Innenpolitik entscheidend prägten.

Der ursprüngliche Zuschnitt der Bundesstaaten und damit die Grundlage regionaler Identitäten erwiesen sich in vielen Landesteilen als inkompatibel mit den Präferenzen der Menschen und den Bedingungen der sozialen Konfliktstrukturen. So kam es bereits seit den 50er Jahren zu Teilungen bzw. Neugründungen von Bundesstaaten. Der Nordosten des Landes etwa besteht heute nicht mehr aus einem, sondern aus sieben Bundesstaaten (rechnet man Sikkim hinzu, sind es sogar acht); 1960 wurde Bombay endgültig Maharashtra zugeschlagen; 1966 wurde Haryana aus dem Punjab herausgeschnitten; und so weiter. Die jüngste Neugliederung erfolgte 2000, als Jharkhand, Chhattisgarh und Uttarakhand (bis 2006: Uttaranchal) von den Bundesstaaten Bihar, Madhya Pradesh und Uttar Pradesh abgetrennt wurden. Die politischen Konstellationen etwa in Andhra Pradesh oder, weiterhin, im Nordosten deuten darauf hin, dass dieser Prozess noch längst nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Die Bereitschaft zur territorialen Flexibilität mit dem Ziel, politische Wandlungsprozesse zu kanalisieren, ist in Indien weitaus größer als etwa in Deutschland.

Sprachgrenzen spielten in dieser Entwicklung eine zentrale (wenn auch nicht die einzige) Rolle, besonders im Süden des Landes. Der nach der Unabhängigkeit größte Bundesstaat im Süden, Madras, stellte in historischer, kultureller und linguistischer Perspektive ein Kunstgebilde dar. Schnell etablierten sich Interessengruppen und Parteien entlang regionaler Konfliktlinien, die insbesondere die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Sprachgruppen reflektierten. In dem Maße, in dem die Teilinteressen der dravidischen Sprachgruppen der Tamilen, Andhra (Sprache: Telugu), Malayalis (Sprache: Malayalam) und Kannadigas (Sprache: Kannada) an Bedeutung für die Bestimmung regionaler, wenn nicht (sub-) nationaler, Identitäten zunahm, schwächte sich zugleich die Bewegung eines gesamt-dravidischen Nationalismus bzw. Separatismus ab. Dieser ging in den tamilischen Landesteilen weitgehend in verschiedenen Strömungen eines tamilischen Nationalismus und zum Teil Separatismus auf. Hauptforderung war die Einrichtung eines (Bundes-) Staates für die Tamilen; in anderen Teilen Südindiens entstanden entsprechende Bewegungen.

Kristallisationspunkt dieser Konflikte waren Status und Funktion der Regionalsprachen im unabhängigen Indien. Dabei standen sich im Wesentlichen zwei Positionen gegenüber:

- (1.) Starke Interessengruppen in den neu entstandenen Bundesstaaten forderten, Sprachgruppen sollten als Grundlage für die politische Organisation innerhalb des föderativen Systems akzeptiert werden, also Bundesstaaten entlang von Sprachgrenzen eingerichtet werden.
- (2.) Premierminister Nehru und große Teile der Elite der Unabhängigkeitsbewegung vertraten demgegenüber die Ansicht, der Gesamtstaat sollte nur *eine* nationale Sprache anerkennen, nämlich Hindi, als zwingende Integrationsvoraussetzung; die Einrichtung von Bundesstaaten entlang von Sprachgrenzen stärke zentrifugale Tendenzen, erschwere die nationale Integration und sei deshalb zu verhindern.

Angesichts von ca. 150 lebenden Sprachen mit teils eigenen Alphabeten und ca. 2000 Dialekten im unabhängigen Indien schien Nehru die Durchsetzung einer singulären und originär indischen National- und Amtssprache (womit Englisch nicht in Frage kam) als entscheidende Voraussetzung zur nationalen Integration des Gesamtstaates. Nachdem das Kriterium der Religionszugehörigkeit bereits zu einer Spaltung des Subkontinents geführt hatte, setzte er alles daran, die politische Wirkung anderer primordialer Identitätsfaktoren (vor allem Ethnizität und Sprache) strukturell auf ein Mindestmaß einzugrenzen. Föderalismus hatte sich einerseits in das nach seinem Verständnis für Indien weit zentralere Staatsprinzip des Säkularismus einzuordnen und war für ihn andererseits vorrangig ein funktionales Instrument in der Ausgestaltung einer demokratischen Ordnung. Die Einrichtung von Bundesstaaten entlang von Sprachgrenzen, so seine Befürchtung, stärke regionale Identitäten, behindere die Bildung einer gesamt-indischen Nation und gefährde die Entwicklung eines einheitlichen, säkularen, demokratischen indischen Staates.

Nehru konnte seine Position schließlich nicht durchsetzen. Seine Hypothese, die Mahatma Gandhi geteilt hatte, dass Hindi (eigentlich die ursprüngliche Mischsprache *Hindustani*) ein festes Band zwischen dem Norden und dem Süden, auch zwischen Hindus und Muslimen, knüpfen könne, erwies sich als falsch. In vielen Landesteilen, nicht nur im Süden, regte sich entschiedener Widerstand gegen die Bestrebung, das vielen Sprachgruppen völlig fremde Hindi nicht nur als nationale Sprache, sondern auch als amtliche Verkehrssprache in allen Bereichen zu bestimmen – übrigens auch innerhalb der Kongresspartei. Eine amtliche Verkehrssprache, so das Argument der Vertreter der oben genannten ersten Position, bestehe ja bereits: Englisch. Die Sprache der ehemaligen Kolonialherren, nicht Hindi, sei das funktionale Idiom für die Verfassung, für Gesetze, für Urteile vor Gericht, für die höhere Ausbildung – mit einem Wort: für den Amtsgebrauch. Unter diesem Dach – und *nur* unter diesem Dach – sei die Gleichheit aller Bürger auf der Grundlage der Gleichwertigkeit der (prinzipiellen) Regionalsprachen zu verwirklichen.

Vor allem in Südindien wurde der Sprachenkonflikt mit aller Schärfe geführt. Dabei kam es verschiedentlich zum Fasten bis zum tatsächlich eintretenden Tode und zu Selbstverbrennungen – Aktionen, die vor allem unter den Tamilen und den Telugu-Sprechern zu Massenunruhen führten und die Identität der jeweiligen Sprachgemeinschaften sowie deren politische Forderung nach eigener (Bundes-) Staatlichkeit weiter stärkten. Die Vertreter der Hindi-Sprachpolitik, allen voran Nehru, sahen sich dabei alsbald in einer Position, die derjenigen der ehemaligen Kolonialherren ähnlich war: Sie wurden zunehmend als Unterdrücker und (Sprach-) Imperialisten wahrgenommen. Nehru sah sich schließlich gezwungen, seine politische Taktik zu ändern, um sezessionistischen Bestrebungen den Stachel zu nehmen und nicht das strategische Kernziel selbst – die nationale Integration – aufs Spiel zu setzen. Er gab seinen Widerstand gegen den Neuzuschnitt von Bundesstaaten entlang von Sprachgrenzen auf. Am 1. Oktober 1953 entstand Andhra, das aus den Telugu-sprachigen Distrikten von Madras herausgeschnitten wurde, als erster sprachensbasierter Bundesstaat Indiens. Im Jahre 1956 erfolgte der endgültige Durchbruch für die Einrichtung sprachensbasierter Bundesstaaten. Andhra wurde mit den Telugu-sprachigen Distrikten des Staates Hyderabad zusammengelegt und erhielt den Namen Andhra Pradesh; im selben Jahr entstanden die Staaten Mysore (seit 1973 Karnataka, der Staat der Kannada-Sprecher), Kerala (der Staat der Malayalam-Sprecher) und das um die nicht-tamilsprachigen Territorien verkleinerte Madras, das offiziell seit Januar 1969 den Namen Tamil Nadu (Land der Tamilen) führt.

Regionalsprachen wurden somit zur wichtigen Basis politisch-administrativer Einheiten und konnten fortan eine zentrale Funktion für die kulturelle und soziale Kohäsion in den verschiedenen Regionen ausfüllen. Entgegen vielen Befürchtungen setzte kein Prozess der Separation oder Sezession ein. Die Akzeptanz linguistisch determinierter Identitäten hat sich im Zeitablauf viel-

mehr zu einem integralen Charakteristikum, wenn nicht zur zentralen Bedingung, gesamt-indischer Identität entwickelt; es erwies sich, dass es sehr wohl möglich war, zugleich Andhra und Inder, Tamile und Inder, Gujarati und Inder usw. zu sein. Dieser Prozess führte schließlich zur Anerkennung von gegenwärtig 26 Regionalsprachen (die letzten vier kamen 2003 hinzu) als anerkannte Amtssprachen für die Belange von Bundesstaaten, darunter die beiden überregionalen Amtssprachen Hindi und Englisch. Eine nationale Sprache gibt es in Indien nicht. Insgesamt nahm die indische Entwicklung damit einen anderen Weg als diejenige anderer Staaten, etwa der USA, in denen die Beherrschung *einer* Nationalsprache zugleich das wichtigste Kriterium für die Zugehörigkeit zur Nation ist. Bemerkenswerterweise setzte sich diese Entwicklung in Indien im gleichen Jahr durch, 1956, in dem Sri Lanka mit der Verabschiedung des *Sinhala-Only-Law* den entgegen gesetzten Weg einschlug – mit den bekannten Konsequenzen.

Die Verankerung des föderativen Staatsaufbaus auf linguistischer Basis wirkte schließlich auch als weitgehende Entkernung separatistischer Tendenzen (die bis heute verbliebenen separatistischen Bewegungen in Kaschmir, in Indiens Nordosten und in den von den Naxaliten dominierten Regionen sind nicht linguistisch motiviert). Dies gilt auch für Tamil Nadu, hier allerdings mit Abstrichen. Mit der Einrichtung eines tamilischen Bundesstaates und der nachfolgenden Bestätigung des Tamilischen als Amtssprache war das Hauptinteresse der Bevölkerung befriedigt. Separatismus wurde zu Extremismus, der als politische Kernforderung seither nur noch von Splittergruppen ohne größere gesellschaftliche Basis vertreten wird. Die ursprünglich aus der gesamt-dravidischen Nationalbewegung hervorgegangene Partei DMK (*Dravida Munnetra Kazhagam* – Bund für den Fortschritt der Draviden), die wichtigste Interessenvertretung des tamilischen Nationalismus, entradikalisierte sich nach 1956. Die Kriege gegen China 1962 und gegen Pakistan 1965 lösten schließlich eine Welle des Patriotismus und der Belebung einer gesamt-indischen Identität aus, in deren Folge der DMK und anderen tamilischen Nationalisten faktisch keine andere Option blieb, als sich endgültig auf den Boden der Verfassung zu stellen, um der Gefahr von Parteiverboten zu entgehen. Sie konzentrierten sich fortan auf den innenpolitischen Machtkampf innerhalb des Verfassungsrahmens.

Indien und der ethnische Konflikt in Sri Lanka

Tamilischer Nationalismus und die potentielle Gefahr seiner Kanalisierung in separatistische Tendenzen blieben jedoch ein unterschwelliges Motiv in den politischen Auseinandersetzungen Tamil Nadus und damit ein zumindest diffuser Bedrohungsfaktor für jede indische Zentralregierung. Zum Kernthema des tamilischen Nationalismus entwickelte sich nach der Regelung der innenpolitischen Grundsatzfragen allerdings die Situation der Tamilen in Sri Lanka, der ethnischen Verwandten, die nur wenige Kilometer von der Küste Tamil Nadus entfernt ihren Existenzkampf führen. Hieraus ergibt sich der große innenpolitische Stellenwert, den die indische Politik gegenüber Sri Lanka und die Positionierung im dortigen Konflikt zwischen Singhalesen und Tamilen aufweist.

Sicherheit, Lebensumstände und Gesamtsituation der Tamilen in Sri Lanka werden in der Bevölkerung Tamil Nadus seit jeher mit großer Sensibilität wahrgenommen. Folglich nehmen die Parteien die jeweiligen Stimmungslagen auf und instrumentalisieren sie in ihren Macht- und Positionskämpfen. In der Konsequenz wird Druck auf die jeweilige Zentralregierung in Delhi ausgeübt, um die Interessen der Tamilen in Sri Lanka durchzusetzen, notfalls gegen die Regierung in Colombo. Jede Zentralregierung hat jedoch ein vorrangiges Interesse: die Erhaltung eines souveränen und territorial geeinten Sri Lanka. Dieses Interesse ist für Delhi nicht verhandelbar. Jegliche Teilungsszenarien in Sri Lanka könnten unabsehbare Folgen für die separatistischen Strö-

mungen im eigenen Lande nach sich ziehen. Die Regelung der Tamilenfrage in Sri Lanka berührt daher auch zentrale Aspekte des indischen Staatsmodells. Hinsichtlich des politischen Grundsatzziels steht Delhi somit prinzipiell an der Seite der Regierung in Colombo, nicht auf Seiten tamilischer Separatisten, ob LTTE oder moderatere Gruppierungen. Allerdings birgt jede offene Unterstützung seitens Delhi für die Regierung in Colombo, insbesondere militärischer Art, die Gefahr essentieller Konflikte mit Tamil Nadu – bis hin zur Wiedererweckung verschütteter separatistischer Umtriebe. Damit ist das Spannungsfeld skizziert, das die Tamilenproblematik in Indien besonders in Zeiten von Wahlen kennzeichnet. Die jeweilige Situation in Sri Lanka strahlt politisch also immer nach Indien aus.

Die Entwicklung des Einflussverhältnisses zwischen Delhi, Chennai und Colombo seit der Mitte des letzten Jahrhunderts ist facettenreich und kann hier nur in groben Zügen nachgezeichnet werden. Der Kampf der srilankischen Tamilen gegen die singhalesisch dominierte Regierung in Colombo traf in Tamil Nadu immer auf viel Sympathie und Unterstützung. Tamilische Flüchtlinge des Bürgerkriegs suchen und finden seit den 80er Jahren Zuflucht in Tamil Nadu – zu Beginn des Bürgerkriegs bis zu 200.000 Menschen, heute immer noch mehrere Zehntausend –, die allerdings wegen der indischen Sicherheitsgesetze in Camps interniert blieben. Die großen tamilischen Parteien sind zwar zumeist zurückhaltend hinsichtlich der Forderung nach einem unabhängigen tamilischen Staat Eelam auf der Nachbarinsel; dies gilt aber nicht für kleinere Parteien und Gruppierungen. Dabei ist die Haltung zur LTTE, seit den 80er Jahren Hauptträger des tamilischen Separatismus in Sri Lanka, im Großen und Ganzen ambivalent. Während die meisten Parteien terroristische Aktivitäten verurteilen, sind sie sich doch alle einig, dass die srilankische Regierung und Armee für die Grausamkeiten und Gräueltaten auf der Insel eine mindestens gleichwertige Verantwortung trage. Insgesamt wird die LTTE weniger als Terrororganisation, sondern vielmehr als nationale Unabhängigkeitsbewegung gewertet, deren Ziele angesichts des singhalesischen Chauvinismus nachvollziehbar, wenn nicht "gerecht" und unterstützenswert seien.

So ist es nicht verwunderlich, dass die LTTE immer recht gute Verbindungen nach Tamil Nadu hatte, bis hinein in die politische Ebene. Der Bundesstaat entwickelte sich zu einem wichtigen Rückzugsgebiet der Guerillakämpfer und diente auch als Umschlagplatz für Waffen und anderes militärische Gerät – zumeist mit Duldung der örtlichen Autoritäten. In politischer Hinsicht verstanden es die srilankischen Tamilen, über ihre Einflussmöglichkeiten in Tamil Nadu immer wieder Druck auf die Regierung in Delhi auszuüben. In diesem Zusammenhang spielte die von der LTTE bisweilen vorgebrachte Vision eines "Greater Eelam", eines souveränen tamilischen Staates unter Einschluss Tamil Nadus, eine wichtige Rolle.

Keine indische Regierung vermochte bislang, das beständige Dilemma aufzulösen – einerseits die terroristische LTTE zerschlagen zu helfen und damit das Gespenst des Separatismus in der Region auszumerzen, aber zugleich andererseits die eigene tamilische Bevölkerung nicht gegen sich aufzubringen. Die zentralistische, teils singhalesisch-chauvinistische Politik der verschiedenen Regierungen Sri Lankas hatte daran einen entscheidenden Anteil. In politischer Hinsicht drängt Delhi seit jeher auf Dezentralisierung, Föderalismus und größere Selbstbestimmung für die Tamilen Sri Lankas. Unter Premierministerin Indira Gandhi und ihrem Sohn und Nachfolger Rajiv verfolgte sie dabei in den 80er Jahren eine unter den möglichen Rahmenbedingungen höchst aktive Politik. Innenpolitisch reagierte sie auf den Druck aus Tamil Nadu, die drohende militärische Vernichtung der tamilischen Separatisten im entflammten Bürgerkrieg zu verhindern; außenpolitisch ging es ihr darum, jeglichen Einfluss von Drittstaaten in der direkten Interessenssphäre Indiens zurückzudrängen, denn die Regierung in Sri Lanka bemühte sich in dieser Phase offensiv um militärische Unterstützung von außen (Israel, China, Pakistan). Unter diesen

Vorzeichen konnte die indische Interventionspolitik in Sri Lanka nur als pro-tamilisch aufgefasst werden – und sie war es auch in einem zuvor und später nie erfolgtem Maße. Unter Indira schloss diese Politik sogar die informelle partielle Unterstützung der LTTE ein, mit dem Ziel, anti-indische Umtriebe der Guerillaorganisation zu kontrollieren und der LTTE politische Kompromissformeln aufzuoktroizieren. Dies misslang. Rajiv Gandhi erzwang 1987 durch politischen Druck die Beendigung eines möglicherweise erfolgreichen Feldzugs der srilankischen Armee gegen die LTTE, was ihm den Hass der Armee und vieler Politiker in Colombo eintrug. Er rang der Regierung in Colombo zudem die Zustimmung zum Indisch-Srilankischen-Abkommen (ISLA; *Indo-Sri Lanka Peace Accord*) ab, gegen erheblichen Widerstand in allen Parteien des singhalesischen Südens, auch innerhalb der staatstragenden Parteien SLFP und UNP.

Das ISLA sah eine Bandbreite von Konfliktregelungsmechanismen vor, die auf Deregulierung, Föderalisierung und Autonomierechten für die srilankischen Tamilen beruhten; sein Kernelement, die Schaffung des am indischen Vorbild orientierten Verwaltungssystems der *Provincial Councils* sowie die Zusammenlegung der mehrheitlich tamilischen Nord- und Ostprovinzen, fand wenige Monate später Eingang in die srilankische Verfassung (*13. Amendment*). Vor allem aber legte das ISLA die Grundlage für die militärische Intervention Indiens in Sri Lanka. Sowohl die srilankische Regierung als auch die LTTE hatten zugestimmt, dass die indische Armee eine *Indian Peace Keeping Force* (IPKF) auf die Insel entsenden sollte, um die Konfliktparteien zu trennen, die mörderischen Kämpfe zu beenden, die LTTE zu entwaffnen und eine allseits akzeptable politische Konfliktregelung zu erwirken. Ab Herbst 1987 operierten bis zu 20.000 indische Soldaten im Nachbarstaat. Ihren Auftrag der Friedenserhaltung konnten sie jedoch nie erfüllen, da die LTTE ihre Entwaffnung verweigerte. Sehr schnell geriet die IPKF daher in Kämpfe mit der LTTE, denen auch zahlreiche tamilische Zivilisten zum Opfer fielen. Indien führte damit faktisch einen Krieg gegen die LTTE – in der Perzeption Tamil Nadus: gegen die Tamilen – und übernahm somit die Rolle der srilankischen Armee. Die LTTE ihrerseits nutzte den Freiraum, der durch den Rückzug der srilankischen Armee entstanden war, für den Neuaufbau ihrer Kräfte – nicht zuletzt durch Nachschublieferungen aus dem indischen Tamil Nadu, während die indische IPKF Krieg gegen sie führte!

Nach dem Verlust von ca. 1500 Soldaten zog die IPKF schließlich bis März 1990 unverrichteter Dinge wieder ab. Indien hatte sein "kleines Vietnam" erlebt. Die indische Regierung hatte bei beiden Konfliktparteien in Sri Lanka Gesicht, Ansehen und Einfluss verloren. Der Bürgerkrieg tobte in der Folge mit unverminderter Härte weiter. Das Fiasko der IPKF hielt alle kommenden Regierungen in Delhi davon ab, darin in irgendeiner Form erneut militärisch einzugreifen. Darüber hinaus schwächte die fehlgeschlagene Interventionspolitik ebenfalls das Ansehen der indischen Zentralregierung in Tamil Nadu, schließlich hatte die IPKF Krieg gegen die LTTE und damit im weiteren Sinne gegen die Tamilen geführt. Es bestand dabei durchaus das Potential für größere Verwerfungen zwischen Delhi und Chennai, denn der Kampf der LTTE fand in Tamil Nadu mittlerweile unter allen Parteien sehr offene Zustimmung.

Diese Gefahr wurde am 21. Mai 1991 mit einem Schlag bis auf weiteres erstickt. An diesem Tag tötete eine Terroristin der LTTE den Spitzenkandidaten der Indischen Kongresspartei und ehemaligen Premierminister Rajiv Gandhi während einer Wahlkampfveranstaltung. Die Tat, ein Selbstmordattentat mit vielen Todesopfern, erfolgte in Sriperumbudur, ca. 30 Kilometer entfernt von Chennai, der Hauptstadt Tamil Nadus.

Die Tamilenproblematik im indischen Wahlkampf 2009

Der Szenenwechsel zum gegenwärtig stattfindenden Wahlkampf des Jahres 2009 kann analytisch nur vor dem Hintergrund der dynamischen Einflussbeziehungen zwischen Delhi, Chennai und Colombo vollständig verständlich werden. Der Mord an Rajiv Gandhi, die Rache für den Krieg der IPKF gegen "die Tamilen", war einer der größten strategischen Fehler der LTTE. Durch das Attentat auf diese nationale Führungspersonlichkeit verlor die Terrororganisation die offene Unterstützung der größten Parteien Tamil Nadus, der DMK und der von ihr abgespaltenen AI-ADMK (*All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam*, All-Indischer Anna-Bund für den dravidischen Fortschritt), die seit Ende der 80er Jahre die Politik des Bundesstaates bestimmen. Dies änderte aber nichts daran, dass der Einsatz für die grundsätzliche Sache der Tamilen in Sri Lanka Fokus des tamilischen Nationalismus und somit ein bestimmendes Element aller Parteien blieb. Angesichts des "Endkampfes" gegen die LTTE und der seit vielen Monaten katastrophalen Lage von mehr als Hunderttausend tamilischer Zivilisten in den Kampfzonen ist es daher nicht verwunderlich, dass sich die Lage in Sri Lanka zu einem bestimmenden Wahlkampfthema in Tamil Nadu 2009 entwickelte. Die Situation birgt auch nach Beginn der tatsächlichen Wahlhandlungen am 16. April weiteres Eskalationspotential, da in Tamil Nadu erst in der letzten, der fünften, Wahlphase am 13. Mai gewählt wird. Da Tamil Nadu mit 39 Abgeordneten ein hohes Kontingent ins indische Unterhaus entsendet (nur Uttar Pradesh, Maharashtra, Andhra Pradesh, West Bengalen und Bihar entsenden mehr Abgeordnete), weist die Gesamtsituation erhebliche nationale Bedeutung auf.

Dabei steht die von der Kongresspartei geführte Zentralregierung im Frühjahr 2009 in mehrfacher Hinsicht vor einem Dilemma; gleiches gilt für die derzeitige Regierungspartei in Tamil Nadu, die DMK unter ihrem greisen 84-jährigen Parteiführer und Chief Minister M. Karunanidhi. Beide Parteien sind derzeit verbündet. Die DMK gehört auf der nationalen Ebene zur Kongressgeführten (Minderheits-) Regierungskoalition UPA (*United Progressiv Alliance*), während der Kongress die DMK-Minderheitsregierung in Tamil Nadu parlamentarisch unterstützt. Im gegenwärtigen Unterhauswahlkampf unterstützen sich beide Parteien, d.h. sie haben sich auf eine Formel geeinigt, welche der Parteien in welchen Wahlkreisen antritt, und sie unterstützen hier ihre jeweiligen Kandidaten wechselseitig.

Dieses Bündnis ist für beide Seiten zentral. Verliert die DMK die Unterstützung der Kongresspartei in Tamil Nadu, läuft dies auf das Ende der über 50-jährigen politischen Karriere des Patriarchen Karunanidhi hinaus. Ihm ist es bislang nur unvollkommen gelungen, die für indische Regionalparteien nicht untypische dynastische Erbfolge zu institutionalisieren; sein von ihm als Nachfolger auserkorener Sohn M.K. Stalin (!) verfügt nicht über das Format des Vaters und sieht sich allerlei Widerständen gegenüber. Die Kongresspartei wiederum benötigt einen starken Bündnispartner in Tamil Nadu. Sie hat es in vielen Bundesstaaten nicht vermocht, Wahlbündnisse mit regionalen Partnern aus der UPA zu schmieden, weil keine Vereinbarungen über die Verteilungsformeln von Wahlkreisen zustande zu bringen waren; vor allem in Uttar Pradesh und Bihar, eventuell auch in Maharashtra, bekämpfen sich nunmehr die Parteien der UPA. Diese Situation ist für die Kongresspartei fatal, weil sie in vielen Bundesstaaten seit den 80er Jahren ihre traditionellen Wählerschichten verloren hat. Hinzu kommt, dass die Partei in anderen Bundesstaaten, etwa in Andhra Pradesh, ihr gutes Wahlergebnis von 2004 absehbar nicht wiederholen können wird. Die Kongresspartei und die UPA insgesamt werden daher sehr wahrscheinlich schlechter abschneiden als 2004, als das Bündnis 234 Mandate gewinnen konnte (Kongress: 145). Wahlumfragen zufolge wird es ein Kopf-an-Kopf-Ergebnis geben, mit drei fast gleichauf liegenden

Blöcken: der UPA; der von der hindunationalistischen BJP geführten NDA (*National Democratic Alliance*), der Hauptopposition; und der so genannten "Dritten Front", einem heterogenen Konglomerat aus Kommunisten und Regionalparteien. Kleine Margen werden darüber entscheiden, welcher Block – und welche Partei (!) – den künftigen Premierminister stellen wird. Es ist für die Kongresspartei also von erheblicher Bedeutung, wenigstens Tamil Nadu zu gewinnen oder hier zumindest gut abzuschneiden, zusammen mit ihrem Bündnispartner DMK.

Die Eskalation in Sri Lanka, vor allem das katastrophale Schicksal zehntausender Zivilisten, treiben Kongresspartei und DMK jedoch in die Enge. Ihre politischen Gegner, ob unter bundesstaatlichen oder nationalen Gesichtspunkten, instrumentalisieren seit Monaten den Bürgerkrieg in Sri Lanka, um die Stimmungslage der Wahlbevölkerung gegen Kongresspartei und DMK zu kippen. Sie führen einen hoch emotionalisierten Wahlkampf und verlangen von der Zentralregierung in Delhi, dem "Genozid an den srilankischen Tamilen" (so der Sprachgebrauch) ein Ende zu bereiten. Seit Jahresbeginn ist es in dem Bundesstaat zu rund einem Dutzend von Selbstverbrennungen gekommen, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen; das grausige Instrument der Selbstverbrennung gehört in vielen Teilen Südindiens gewissermaßen zum Repertoire der politischen Auseinandersetzung bei existentiellen Krisen und hat enorme Mobilisierungswirkung. Gleiches gilt für Fasten bis zum Tode; der Sprachgrenzenstreit zu Nehrus Zeiten ist im Grunde durch ein die gesamte Nation aufwühlendes, 45tägiges Todesfasten entschieden worden. Eine Reihe von indischen Tamilen wendet derzeit dieses Instrument an, darunter (seit dem 13.4.) eine 20köpfige Gruppe von Frauen (*Women Against Genocide of Eelam Tamils*), Aktivistinnen aus der Zivilgesellschaft (beteiligt ist auch eine Mitarbeiterin des FNF-Partners *People's Watch - Tamil Nadu* – PWTN). Diese Art der Auseinandersetzung wird in Tamil Nadu also durchaus nicht nur von Wirtköpfen o.ä. gewählt. Tamilischer Nationalismus, die Priorität tamilischer Identität, ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Ganze Dörfer sind derzeit mit schwarzen Fahnen geflaggt, um Solidarität mit den Tamilen in Sri Lanka auszudrücken. Die Städte, allen voran Chennai, waren für Wochen – bis zu einer Verbotsregelung – mit tausenden Postern toter srilankischer Zivilisten plakatiert. Alle diese Aktionen zielen darauf ab, Druck auf die derzeit wichtigste Entscheidungsperson in Delhi zur Beendigung der Eskalation in Sri Lanka auszuüben. Diese Person ist die Führerin der Kongresspartei und Vorsitzende des Koalitionsbündnisses UPA: Sonia Gandhi, die Witwe des von der LTTE 1991 ermordeten Rajiv Gandhi.

Dabei fordern moderatere Kräfte wie die AIADMK unter ihrer Führerin J. Jayalalitha, einer ehemaligen Chief Ministerin, die die LTTE (nicht aber die politischen Forderungen der srilankischen Tamilen) ablehnt, von Delhi mehr politischen Einsatz, um zumindest einen sofortigen Waffenstillstand zu erzwingen. Aber die allgemeine Stimmungslage wird von radikaleren Kräften angeheizt. So prognostiziert etwa der Parteiführer der kleinen Partei MDMK, Vaiko, der aus seiner Freundschaft zum LTTE-Führer Prabhakaran nie einen Hehl gemacht hat, ein Blutbad in Tamil Nadu, sollte die srilankische Regierung unter dem "Massenmörder" Rajapakse ihren "Genozid an den Tamilen" nicht beenden. Vergleichbare Äußerungen anderer Parteien und Politiker lassen sich dutzendweise zitieren. Die im Kern terroristische Natur der LTTE wird dabei gegenwärtig in einem seit Rajiv Gandhis Ermordung nicht mehr erlebten Maße relativiert. Dies ist umso bemerkenswerter, da die indischen Sicherheitsbehörden seit Wochen Erkenntnisse an die Öffentlichkeit bringen, nach denen die LTTE bereits Zellen in Indien aktiviert hat, um wahllos verschiedene Chief Minister und hochrangige nationale Politiker zu ermorden – allen voran Sonia Gandhi. Sollte ein solcher Schlag gelingen, wäre es zu einem Blutbad wahrscheinlich in der Tat nicht mehr weit.

Die Gesamtsituation hat das Bündnis zwischen Kongresspartei und DMK erheblichen Belastungen ausgesetzt, schließlich ist die DMK in historischer Perspektive Hauptträger des tamilischen Nationalismus in Indien. Karunanidhis Versuche, die Stimmungslage der Wahlbevölkerung für sich und seine Partei nutzbar zu machen, waren weitgehend ein Fiasko. Im Februar stellte er mit einem Paukenschlag die weitere Zugehörigkeit der DMK zur UPA in Frage und droht seither im-

mer wieder mit dem Bruch der Zentralregierung, sollte Delhi nicht aktiv in das Geschehen in Sri Lanka eingreifen. Weniger die diplomatischen Aktivitäten Delhis als vielmehr die desaströsen Konsequenzen für seine eigene Regierung in Chennai hielten ihn jedoch bislang von diesem Schritt ab. In Interviews stellte er den LTTE-Führer Prabhakaran als mehr oder weniger ehrenwerten Freiheitskämpfer dar – eine Charakterisierung, die bei Rajiv Gandhis Witwe Sonia und der Kongresspartei auf Empörung stieß. Im April forderte er schließlich den srilankischen Präsidenten Rajapakse auf, sich gegenüber Prabhakaran so zu verhalten, wie weiland Alexander der Große gegenüber König Porus (dem Leben und Ehre nach verlorener Schlacht blieben). Der Vergleich Rajapakses mit Alexander war unter den gegebenen Bedingungen in Tamil Nadu allerdings wenig durchdacht und hat zu vernichtenden Kommentaren der anderen Parteien und der Wahlbevölkerung geführt.

Sonia Gandhi und der Kongresspartei bleiben in der Gesamtsituation nur wenig eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Die Versuche Delhis in den vergangenen Monaten, einen Waffenstillstand in Sri Lanka zu erwirken und vor allem das Leid der Zivilbevölkerung zu beenden, waren nicht erfolgreich. Präsident Rajapakse hat schließlich seine eigenen Interessen, und die laufen auf die vollständige Vernichtung der LTTE unter Hinnahme aller "Kollateralschäden" unter der tamilischen Zivilbevölkerung hinaus – und zwar ausgerechnet zum Zeitpunkt der Hochphase des indischen Wahlkampfes. Militärisches Drohpotential gegenüber Colombo war von vornherein ausgeschlossen. Politisch-diplomatischer Druck konnte nur begrenzt sein, nachdem Delhi seit Jahren Colombos Kampf gegen die LTTE politisch unterstützt hatte, ganz im Sinne des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus und um die "richtige" Position angesichts innerindischer terroristischer Gefährdungen einzunehmen. Die Entsendung des Außenministers, später des Außenstaatssekretärs, nach Colombo, um auf ein allseits akzeptables politisches Regelungsszenario hinzuwirken, blieben im Kern erfolglos und wurden in Tamil Nadu denn auch als Augenwischerei empfunden, ebenso wie die Entsendung eines Ärzteteams zur Hilfe für die tamilischen Zivilisten. All diese Aktionen halten keinen Vergleich mit den Maßnahmen stand, die einst Indira Gandhi zur Unterstützung der tamilischen Sache getroffen hatte – und darauf verweisen die Oppositionsparteien in Tamil Nadu nahezu täglich.

Sonia Gandhi bleibt also nicht vielmehr als die Hoffnung auf ein kleines Wunder – auf eine für die srilankischen Tamilen erträgliche Wendung der Geschicke bis zum 13. Mai, auf die Verlagerung von Wahlkampfthemen in Tamil Nadu, auf taktische Fehler der gegnerischen Parteien. Sie weiß: Nach der Veröffentlichung der Wahlergebnisse am 16. Mai beginnt ein neues Kapitel, und alte Allianzen werden überprüft, neue Bündnisse geschmiedet. Die Tamilenproblematik in Süd-asien wird Bestand haben, aber schlagartig an nationaler Bedeutung verlieren – bis zum nächsten Wahltermin.